

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

922 Nr. 27 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 215

ugspreis: monatlich 12 — ohne Gebühren, Beilagen nehmen ohne
Tage Postgebühren, Fernschreiben und weitere Zuständigkeiten einlegen.
Halle'sche Halle-Saal: Leipziger Straße 61/62, Fernamt: Zentrale 7801,
von 7 Uhr an Redaktion 5000 und 5010. Postbezugsstellen: Zentrale 90419.
Morgen-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die erste 30 mm breit, 10 mm hoch, 1.00 M. Die zweite 40 mm breit,
10 mm hoch, 1.20 M. Die dritte 50 mm breit, 10 mm hoch, 1.50 M.
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 30, Fernamt: am Kurfürst 21, 9206
Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck: a. Druck von Otto Giese, Halle-Saal

Broßbanken und Getreidehandel

Reichsgetreide A.-G.

In Verhütung der von uns gebrauchten Veröffentlichung
die Gründung einer Getreide- und Futter-
tel.-A.-G. unter Mitwirkung des Reiches und unter
Leitung der Rationalbank für Deutschland
wie Handelspreise jetzt noch einige weitere Einzelheiten über
die gemeinschaftliche Gründung mit. Das Kapital der
Gesellschaft ist vorläufig mit 25 Millionen Mark in Aussicht ge-
nommen. Es wird etwas überflüssig betont, daß der Zweck der
Gesellschaft keineswegs darin besteht, die Erträge der
Getreideerzeugung zu übernehmen oder irgendwelche
ergänzungswirtschaftliche Funktionen zu erfüllen, sondern es
soll sich um eine Gesellschaft, die in durchaus privat-
wirtschaftlicher Weise tätig sein und keine Monopol-
stellungen genießen soll. Es muß dann aber gerade in Bezug auf
die erwähnte Nichtgewinnung von Monopolrechten ganz eigen-
artig an, daß diese Gesellschaft von Anfang an Reichsrecht
benötigt. Anlagen, wie Speicherbetriebe,
dazwischen u. a. m. wirtschaftliche übernehmen und auf
diese Anlagen das Geschäft in Getreide und Futter-
mitteln betreiben soll. Soweit wir nun bereits erfahren haben,
soll schon hier ein gewisses Monopol (oder Optionsrecht)
für diese Gesellschaft, denn Kauf- oder Pachtrechte für die
Verwendung der Zwangsversteigerung freierwerbenden Speicher-
anlagen der Reichsgetreideanstalt haben eine Abweitung er-
reicht mit der Begründung, daß diese Lagerstätten dieser An-
lagen eine neue Gesellschaft in der Gründung begriffen sei. Auf
diese Weise ist übrigens der ganze Schlußplan, mit dem man
den Handel und die Landwirtschaft überwinden wollte,
als vorzeitig bekannt geworden. Es geht doch schließlich aber
es an, ein einziges ein Gesellschaft, die heute noch unter
Leitung des Reiches arbeitet, in vielleicht noch kurzer Zeit
selbstständig bestehen kann, einfach die Anlagen der Reichs-
getreideanstalt zu übernehmen. Eine Gründung jedoch,
die nicht über die Schwierigkeiten in der Zeit
übergegangen von der Zwangsversteigerung auf
den Wirtschaft hinweggehen soll, bedarf
nicht der Mitwirkung des Reiches. Das Reich
in Getreidehandel, wenn er frei wird, überhaupt nicht mehr
die Hände drehen können. Nur soweit man eben eine Zwangs-
gesellschaft, sei es für das im Ausland zu laufende Getreide, sei
für einen Teil des Inlandsgetreides, aufrecht erhält, kommt
Mitwirkung des Reiches in Frage. Weiter wird in der
Redaktion die Überlieferung der nach Aufhebung der Reichs-
getreideanstalt nicht mehr benötigten Anlagen an die neue Ge-
sellschaft wie folgt begründet:

„Da gewisse bisher vom Reich benutzte Anlagen, für die
aber innerhalb der Zwangsversteigerung nach deren Abbau keine
Verwertung mehr besteht, die Grundlage für die Tätigkeit des
Unternehmens bilden sollen, befinden sich diese Anlagen
wichtig dem privaten Kapital zu überantworten, und deswegen
soll eine Gesellschaft gebildet werden, bei der das Reich und die
Gesellschaft durch ausschlaggebendes Aktienbesitz und ent-
sprechende Vertretung im Aufsichtsrat eine Kontrolle ausüben
können. Die Anlagen werden von der Gesellschaft nur ge-
pachtet. Wenn, was zu erwarten ist, das Handelsgeschäft der
Gesellschaft größere Mittel in Anspruch nehmen sollte, als sie
dem Unternehmen aus dem Aktienkapital von 25 Millionen
Mark zur Verfügung haben, sollen die erforderlichen Mittel
vorwiegend durch Darlehen in Anspruch genommen werden.
Jedem Geschäft mit dem Reich muß sein Anteil
den umgehen werden und so sind es hier auch die Be-
denken gegen das private Kapital“, diesem völlig die Anlagen zu
überantworten. Auf diese Bedenken und noch einiges andere
wird in weiteren Beilagen der Verhandlung der Überent-
wurfung an ein gemeinschaftliches Unternehmen zurück-
zuführen sein. Zunächst möchten wir nur noch auf einen
anderen Vorgang hinweisen, der zu Beginn des Jahres sich voll-
zog. Damals konnte die Presse berichten:

„Unter Mitwirkung der Bank für Handel und Industrie
und des Bankhauses Godeffroy & Co. wurde die Großhandels-
A.-G. für Getreide- und Mühlenfabrikate mit
einem Kapital von 20 Millionen Mark gegründet. Den Vor-
sitz haben Herr Godeffroy (Vorsitzender) und Herr
Schulz (Stellvertreter) inne. Dem Aufsichtsrat
gehören an: Leopold Roth (Vorsitzender), Direktor Paul Bern-
hardt, Bank für Handel und Industrie (stellv. Vorsitzender),
Bankier Richard Wohl (Godeffroy & Co.) und Karlstr. 10
samtlich in Berlin.“

Diese Gründung ist infolgedessen beachtenswert, als sie unter
Führung der Bank für Handel und Industrie (Dar-
lehnerbank) vollzogen ist. Wenn man weiter weiß, daß eine
Landesbankgesellschaft Rationalbank — Darm-
städter Bank besteht, so erhebt diese Gründung in einem
neuen Licht. Es muß nämlich die Frage aufgeworfen werden,
wieweit von den 45 Prozent der 20-Millionen-Mark-Aktien, die
der Rationalbank zur Verfügung an den Handel seitens
der neuen Getreide- und Futtermittel-A.-G. überlassen werden
der Großhandels-A.-G. für Getreide- und Mühlenfabrikate, bei
der Darmstädter Bank nachzusehen sind.

Was sich jedenfalls, wie die Großbanken in den Ge-
treidehandel durch eigene große Gründungen einbringen ver-
mögen. Ganz der freundlichen Unterstützung der heute herr-
schenden Parteiregierungen wird ihnen das so noch
leichter erleichtert. Die deutsche Landwirtschaft hat aber das
allerhöchste Interesse daran, daß gerade jetzt, wo die Zwangs-
versteigerung ihr Ende zuneigt, sie nicht das Mittel-
stücken zwischen der Rationalbank und der durch
private Gründungen, die unter dem Mantel der ge-
meinschaftlichen Unternehmen entstehen, und durch
Mitwirkung des von Parteiregierungen regierten
Reiches in diesen Gesellschaften genommen wird

Eine Absage an die Demokratie

Man schreibt uns aus Niederösterreich:

Der in demokratischen Kreisen herumbürt, hört dort
ziemlich häufig auf die feststellend, daß die Demokratische
Partei im Zusammenbruch sei. Man macht dessen kein Geheim-
nis mehr; es wäre zu töricht, es zu betreiten, denn eine augen-
scheinliche Sprache reden die Zahlen, die bei den Wahlen er-
reicht werden. Man scheint auch anzunehmen, daß dieser
Zusammenbruch hingenommen werden muß und nicht auszu-
halten ist. Später einmal, meint man, würden andere Zei-
ten kommen, dann möge es der Demokratie in Deutschland
wieder besser ergehen. Und man glaubt nicht, daß es sich
dabei um die Ansicht vereinzelter Kleinmütter handelt.
Der Optimismus hat viel weiter um sich gegriffen, als die
Wahlen zeigen und selbst alle Demokraten, die etwas im-
beuten in ihrer Partei, bekennen sich dazu, sie nehmen
außen einen feindlichen, eine deutsche Absage an die
Grundordnung ihrer Partei zu rücken.

Ein solcher alter demokratischer Parlamentarier ist Justiz-
rat Dr. W. Blach in Griesberg; nahezu zwei Jahrzehnte vor
einer der freisinnigen Vorführer im Reichstage. In
Weimar hat er noch lebhaft an den Beratungen der neuen
Verfassung teilgenommen. Der keine Neben im Reichstage
nachgelassen hat und insbesondere kein politisches Verhalten
in der engeren Heimat in Niederösterreich kennt, nur auch
wissen, wie gerade er die Gouvernante der Masse, der
Bolschewisten, als die eigentlich herrschende politische Partei
hinstellen liebt. Dr. Blach glaubt, daß die letzten Ge-
schickungen beim Volke ruhen müßten; bei dem Volk, das
selbstverständlich in seiner Mehrheit als demokratisch zu
betrachten ist. Der hätte es wohl für möglich gehalten, daß
Dr. Blach je von dieser Überzeugung abgehen werde?
Und doch hat er für sich in voller Deutlichkeit ausge-
sprochen: Der Wille der Masse darf nicht maß-
gebend sein, die Intelligenz des einzelnen
Reichsbürgers muß zur Leitung kommen. Ein
Mittelweg besag sich dieser Ausdruck aber nicht auf die Bol-
schewisten. Der Redner forderte im Gerichtslande, daß sich
bei jedem Urteil der Geschworenen die Intelligenz durchge-
hen. Derin hat sich dadurch etwas an der Bedeutung der
Stellungnahme, wird dadurch etwa die Absage an die Demo-
kratie abgelehnt? Wir betreiten das. Wer die Masse
nicht mehr anerkennt als die eigentliche Trägerin der poli-
tischen Gewalt, wer ihr den einzelnen Willen, den einzelnen
Menschen gegenüberstellt, und diesem die größere Bedeutung
beilegt, der mag noch so sehr seine demokratische Überzeug-
ung betonen, er hat sich unendlich von der Demokratie ge-
loht, er ist kein Demokrat mehr. Deutlich ist nicht bekannt
geworden, daß Dr. Blach die Beziehungen zu seiner bishe-
rigen Partei gelöst hätte. Doch erregte es großes Aufsehen,
als bekannt wurde, daß er keine parlamentarische Tätig-
keit aufgab. Bei den letzten Reichstagswahlen hat er in
der Tat nicht mehr kandidiert. An seiner Eigenhaft als
Stadtverordnetenvorsitzender in Griesberg hat er seine Ge-
lehrtheit vorüberlassen, ohne in erweiterter Weise gegen
die Weiterführung der bisherigen „Verdingungspolitik“
Einhaltung zu erheben. Das er mit dem neuen jetzigen
politischen System unzuversichtlich ist, läßt man mitunter in
jeder seiner politischen Reden erkennen.
Das ist bedauerlich. Denn wenn sich schon die
führenden demokratischen Kräfte nicht länger der Erkenntnis
zu verschließen vermögen, daß sie auf Glorie gerichtet sind,
dies — anders gesagt — die Demokratie heute nur noch die
Geistliche der Sozialdemokratie befehligt, dann bedeutet das
das Ende der Demokratischen Partei. Sie wird wieder so
arg zusammenschmelzen wie seinerzeit die Fortschrittliche
Volkspartei und die Freiwirtschaftler, die bekanntlich schon so
weit abgehien waren, daß sie bei den Hauptwahlen aus
eigener Kraft keine Abgeordneten mehr ernennen konnten.
Dann — unter dem Scheitern — hielt aber ein großer
Stückzeitpunkt an der Demokratie fest. Heute sind diese
Schichten wirtschaftlich sehr aktiv, teilweise sogar noch
progressiv, und sie haben längst erkannt, daß die Schuld
daran, den Demokraten beizugehen ist, die der sozialdemo-
kratischen Vernichtungspolitik gegenüber dem Bürgertrum
in der fortschrittlichen Weise Vorstoß geleistet haben. Heute
sind diese Kräfte nicht mehr als Nebenrollen für die Demokratie
in Rechnung zu stellen.
Der aber nicht blind in den Tag hineinsieht, muß auch
die unabweisbare Gefahr erkennen, die der Demokratie, das
Bürgertrümern droht, wenn noch länger bürgerlich demo-
kratische Elemente der Sozialdemokratie parlamentarisch-
politische Unterstützung zuteil werden lassen. Die Lauffe-
der Genossen stellt klar aut. Wie sollen das Bürgertrum
so sehr zermitteln, daß es keinen erlösenden Widerstand
gegen die Sozialistengesetzgebung zu leisten vermag.
Daher kreißt sich auch die mächtige Kraft gegen die deutsche
nationale Volkspartei, die durch ihre belohnende, wahrhaft
fortschrittliche und volkswirtschaftliche Sozialpolitik auf dem rich-
tigen Wege ist, aus dem Reiben der Anfeindungen und We-
beten aller belohnenden Elemente an sich zu ziehen, die Grund-
lagen für eine wahrhafte Volkswirtschaft zu schaffen. Abzusehen

Anlieferungs-Forderung der Entente

London, 16. Januar.
Zu dem Vorschlage der Kommission internationaler Juristen,
deutsche Regierung zu erlauben, die deutschen Kriegsge-
fangenen zur Aburteilung auszuliefern, schreibt „Daily
press“ dieser Vorschlag sei überaus. Im Unterhause sei
die Sitzung des Commes erhalt worden, die Rediger
seien nicht ganz unbefriedigt gewesen.
„Daily Chronicle“ sagt, wenn der Oberste Rat dem Vor-
schlage der Kommission stattgeben würde, so würden erste
Wierigkeiten entstehen. Die Alliierten hätten die
Rechten in Bezug auf Kaufleute, wo die Auslieferung der
Schuldigen für die deutsche Regierung eine politische Unruhe
schärfen könnte. Es sei zweifelhaft, ob die deutsche
Regierung dazu heute eher in der Lage sei. Die Rechte,
zustand in ein Chaos zu führen, seien heute genau so
schwierig, während selbst im Falle der deutschen
Rechtsprechung eine moralische Wirkung auf die Deutschen
hätten, sei dies bei Urteilen der Alliierten nicht der Fall.

Frankreichs neue Garantieforderung

Paris, 16. Januar.
Nach der „Daily Mail“ hat Poincaré in der Unterredung mit
Lord George folgende Änderungen zu dem
französisch-englischen Garantievertrag vorge-
schlagen:
1. Der Vertrag soll nach Ablauf von 10 Jahren zu er-
neuern sein.
2. Die veränderten Generalstädte sollen gemeinsame
obligatorische Ansätze ausarbeiten.
3. Der Vertrag soll in ausgebaut werden, daß er ein ge-
setzliches Vergehen darstellt, falls Italien
den Vertrag nicht genehmigt.
4. „Wirtschaftliche Garantie“ sagt, es sei kein, daß Poincaré
Lord George, daß in völliger Nebenbestimmung
darüber besteht, daß keine angrenzende Entente und
keine Grundlage für eine Entente besteht.
5. Die Abnahme der Abnahme ist für England

unannehmbar, wie die Lord Georges für Frankreich, und
jede britische Regierung, die nicht gegen diese, Poincaré
zustimmen, würde ebenso leicht zurück getrieben werden, wie
England. „Daily Express“ schreibt, mit der Übernahme der Re-
gierung durch Poincaré habe der französische Chauvinismus den
Reiz der Entente vermindert. England sei nicht bereit
für eine Poincaré-Regierung mehr oder selbst nur so viel zu
tun, wie für ein Ministerium Briand. Briand sei bereit ge-
wesen, so weit es die französische öffentliche Meinung gestatte,
mit England für den Wiederaufbau Europas, für die Weltfrie-
den-Politik und die Wiederherstellung des Weltfriedens zu
arbeiten.

Rathenaus Bericht

(Eigener Drahtbericht)
T. U. Berlin, 16. Januar.
Beim Reichstagsrat hat heute nachmittag eine sogenannte
Gesellschaftung statt, in der Dr. Rathenau zunächst
einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der
Konferenz in Cannes gab. Im Anschluß daran befragt man
eigentlich die Frage der Aufstellung des von der Reparations-
kommission verlangten Budgets, sowie die Möglich-
keiten für die Entlastungen. Bekanntlich muß die deutsche
Regierung bis zum 28. Januar bestimmte Erklärungen in dieser
Richtung abgegeben haben. Nach Vernehmung der Bes-
beurteilung lag sich der Reichstagsrat in die Sitzung des
auswärtigen Ausschusses des Reichstages. Seine Ausführungen
waren streng vertraulich.

Amerika nicht in Genoa

Paris, 16. Januar.
Nach einer Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ aus Washington
hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten
gegen die Teilnahme der amerikanischen Regierung an der Konferenz
in Genoa ausgesprochen. Die amerikanische Regierung habe die
Einladung der Verbündeten, sich in Genoa zu beteiligen zu
lehnen, nicht angenommen.

Abgelehnt!

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte die vom Magistrat beantragte Gewerbesteuer von 268 Prozent einstimmig ab — Wer schafft die Deckung?

Ein Appell an das Reich

St. Galle, 18. Januar.

Stellt eine Abrechnung kann eine schwere Arbeit sein. Es darf man gelten oben im Rathausamt mit sich selber, welche Stellung der einzelne und dann die Fraktion zur dieser Vorlage des Magistrats einnehmen hat und das Oberhaupt der Stadt konnte der Verammlung danken, daß man mit dieser Sachfrage in dem Bestreben gerichtet zu sein gelang hat.

Endlich einmal schwingen — außer einigen momentanen Oppositionen des Herrn Wolf — die politischen Gegensätze des Quartes im Treffen Hand. Der Kommunist selbst vertritt sich, natürlich zu werden, sagte Unterberghaus, sonst nicht. Herr Wolf, der Gegenpartei, wurde durch die Abrechnung der Gewerbesteuer als Schlichter des Mittelstandes auf, was natürlich sollte er das Quin nicht geschädigt wissen, das die goldenen vier legt. Was natürlich ist das für ihn der gewerbetreibende Mittelstand, den man sonst im Regener verdammt hat. Lind hat sich um die bürgerlichen Abgeordneten um müssen, bezogerte Herr Wolf durch den Nachbarn. Was natürlich ist, daß man nicht nur links in die Schranken, sagte Herr Wolf, sondern auch rechts von der Mittelstandsfürsichtigkeit und was nach, daß sie — mehr links — immer wieder reden, wenn es von anderen Streit zu positiver Arbeit kommt. Herr Wolf hat sich um die bürgerlichen Abgeordneten um müssen, bezogerte Herr Wolf durch den Nachbarn. Was natürlich ist, daß man nicht nur links in die Schranken, sagte Herr Wolf, sondern auch rechts von der Mittelstandsfürsichtigkeit und was nach, daß sie — mehr links — immer wieder reden, wenn es von anderen Streit zu positiver Arbeit kommt.

gelehrt worden. Die Stadtverordneten erklärten sich hiermit einverstanden.

Deckung der Mehraufwendungen für Gehälter und Löhne

zur Beratung. Was der Vorlage interessiert in diesem Rahmen noch einmal Folgendes: Der ungedeckte Restbetrag, der noch der Steuerertragsüberschuss von 10 856 000 M. betrug, hat sich durch die Einstellung der Last in der Erstphase A für den Rest des Rechnungsjahres auf 21 836 000 M. erhöht. Das ist eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuern über die in der Vorlage vom 5. Dezember 1921 vorgeschlagene Erhöhung hinaus. Der Lage der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Mietrechtes nicht geradezu erfüllt. So ist der hinzugekommene Restbetrag von 4 980 000 M. durch weitere Erhöhung der Gewerbe- und Betriebssteuern aufzubringen.

Es wird daher beantragt, für das Rechnungsjahre 1921 a) die Gewerbe- und Betriebssteuern auf 14 Prozent des gemeinen Wertes der betrauten und diesen steuerlich gleichstehenden Grundstücke — 808 Prozent der staatlich veranlagten Steuerlast zu erhöhen (gleiche Höhe wie in der Vorlage vom 5. Dezember 1921); b) die Gewerbe- und Betriebssteuern auf 878 Prozent der Höhe aus der bisherigen Steuerordnung der Stadt ergebenden Steuerlast — 2088 Prozent der staatlich veranlagten Steuerlast zu erhöhen. Weitertrag 20 198 500 M.; c) die Betriebssteuern auf 80 Prozent der Höhe aus der staatlichen Steuerlast zu erhöhen. Weitertrag 20 000 M.

Die folgende Deckung des gesamten Mehraufwandes schon vor der Einführung des Reichs über die Gewerbesteuer von Aufschlägen an die Städte ist in der Notwendigkeit unabhingiger Ordnung, in den hiesigen Finanzen und in der Sorge um die Kreditfähigkeit der Stadt begründet.

Die demoralisierte Fraktion hatte zu der Vorlage folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu erlauben, die Nachzahlung wegen der Verletzung von Hofe nach der Erstphase A ungehindert vorwärts zu bringen, da es umbringen, da die gesetzliche Zuständigkeit für die Stadt besteht. Die Erfüllung der veranlagten Beträge ist vom Reich zu fordern und die Last bis zum Eingang der staatlichen Zahlung auf Kredit zu nehmen.

Stadts. Dr. (Demokr.): Die Verantwortlichkeit für das was kommen mit dieser Angelegenheit zu bringen, das die gesetzliche Zuständigkeit für die Stadt besteht. Die Erfüllung der veranlagten Beträge ist vom Reich zu fordern und die Last bis zum Eingang der staatlichen Zahlung auf Kredit zu nehmen. Die Steuer wird sich nicht erhöhen, weil er keine erhöhten Ausgaben nicht auf den den in der Lage ist. Nach dem a) und b) zu erhöhen unter den geschätzten Ausgaben zu leben. Vergleichen wir die Höhe, die Höhe an Grund- und Gebäudesteuer um, erhebt, mit anderen Städten, so kann man sagen, daß in unserer Stadt keineswegs die höchsten Steuern erhoben werden. Die Steuer wird sich nicht erhöhen, weil er keine erhöhten Ausgaben nicht auf den den in der Lage ist. Nach dem a) und b) zu erhöhen unter den geschätzten Ausgaben zu leben. Vergleichen wir die Höhe, die Höhe an Grund- und Gebäudesteuer um, erhebt, mit anderen Städten, so kann man sagen, daß in unserer Stadt keineswegs die höchsten Steuern erhoben werden.

Stadts. Dr. (Demokr.): Die Verantwortlichkeit für das was kommen mit dieser Angelegenheit zu bringen, das die gesetzliche Zuständigkeit für die Stadt besteht. Die Erfüllung der veranlagten Beträge ist vom Reich zu fordern und die Last bis zum Eingang der staatlichen Zahlung auf Kredit zu nehmen. Die Steuer wird sich nicht erhöhen, weil er keine erhöhten Ausgaben nicht auf den den in der Lage ist. Nach dem a) und b) zu erhöhen unter den geschätzten Ausgaben zu leben. Vergleichen wir die Höhe, die Höhe an Grund- und Gebäudesteuer um, erhebt, mit anderen Städten, so kann man sagen, daß in unserer Stadt keineswegs die höchsten Steuern erhoben werden.

Stadts. Dr. (Demokr.): Die Verantwortlichkeit für das was kommen mit dieser Angelegenheit zu bringen, das die gesetzliche Zuständigkeit für die Stadt besteht. Die Erfüllung der veranlagten Beträge ist vom Reich zu fordern und die Last bis zum Eingang der staatlichen Zahlung auf Kredit zu nehmen. Die Steuer wird sich nicht erhöhen, weil er keine erhöhten Ausgaben nicht auf den den in der Lage ist. Nach dem a) und b) zu erhöhen unter den geschätzten Ausgaben zu leben. Vergleichen wir die Höhe, die Höhe an Grund- und Gebäudesteuer um, erhebt, mit anderen Städten, so kann man sagen, daß in unserer Stadt keineswegs die höchsten Steuern erhoben werden.

Stadts. Dr. (Demokr.): Die Verantwortlichkeit für das was kommen mit dieser Angelegenheit zu bringen, das die gesetzliche Zuständigkeit für die Stadt besteht. Die Erfüllung der veranlagten Beträge ist vom Reich zu fordern und die Last bis zum Eingang der staatlichen Zahlung auf Kredit zu nehmen. Die Steuer wird sich nicht erhöhen, weil er keine erhöhten Ausgaben nicht auf den den in der Lage ist. Nach dem a) und b) zu erhöhen unter den geschätzten Ausgaben zu leben. Vergleichen wir die Höhe, die Höhe an Grund- und Gebäudesteuer um, erhebt, mit anderen Städten, so kann man sagen, daß in unserer Stadt keineswegs die höchsten Steuern erhoben werden.

Stadts. Dr. (Demokr.): Die Verantwortlichkeit für das was kommen mit dieser Angelegenheit zu bringen, das die gesetzliche Zuständigkeit für die Stadt besteht. Die Erfüllung der veranlagten Beträge ist vom Reich zu fordern und die Last bis zum Eingang der staatlichen Zahlung auf Kredit zu nehmen. Die Steuer wird sich nicht erhöhen, weil er keine erhöhten Ausgaben nicht auf den den in der Lage ist. Nach dem a) und b) zu erhöhen unter den geschätzten Ausgaben zu leben. Vergleichen wir die Höhe, die Höhe an Grund- und Gebäudesteuer um, erhebt, mit anderen Städten, so kann man sagen, daß in unserer Stadt keineswegs die höchsten Steuern erhoben werden.

Stadts. Dr. (Demokr.): Die Verantwortlichkeit für das was kommen mit dieser Angelegenheit zu bringen, das die gesetzliche Zuständigkeit für die Stadt besteht. Die Erfüllung der veranlagten Beträge ist vom Reich zu fordern und die Last bis zum Eingang der staatlichen Zahlung auf Kredit zu nehmen. Die Steuer wird sich nicht erhöhen, weil er keine erhöhten Ausgaben nicht auf den den in der Lage ist. Nach dem a) und b) zu erhöhen unter den geschätzten Ausgaben zu leben. Vergleichen wir die Höhe, die Höhe an Grund- und Gebäudesteuer um, erhebt, mit anderen Städten, so kann man sagen, daß in unserer Stadt keineswegs die höchsten Steuern erhoben werden.

sprechen wird, ist unrichtig. Wenn man solche Verträge für den Verkauf zur Genehmigung in München beabsichtigt, so glaube ich darauf beruhen zu müssen, eingehen. Das Prinzipielle wird ich nicht noch einmal erörtern, aber die prophatische Forderung ist immer noch billiger gewesen als die Behandlung der Finanzen. Punkt über die Finanzen, die die Wirtschaftslage zu reden, ist ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Es muß auch endlich einmal dem großen Irrtum begegnet werden, als forderten wir eine neue Gewerbesteuer in der Höhe des neuen Satzes. Selbstverständlich wird der Rest der Höhe zu dem einmündigen. Auf das Reich können wir nicht offen, und auf eine Hoffnung kann man keine Finanzen aufbauen. Der Effekt einer Abrechnung wird sein, daß der Magistrat, wenn er 8 Millionen zu wenig bekommt, die Wirtschaftslage nicht auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Der Herr der Reber am Sonnabend auf den Hauptpunkt gar nicht eingegangen. Er hat sich an eine Adresse gewandt, anstatt sich an das Reich zu wenden. Handel und Industrie müssen mit uns zusammengehen, heißt das werden wir, die wir schuldlos an dem Verfall der Wirtschaft sind. Wenn der Handelsbezirk die vierde Klasse der Gewerbeindustrie geworden sein will, so ist es ihm nur erwidern, daß der Satz mit 80 Mark für ein Jahr doch wirklich nicht zu hoch ist. Wir haben auf dem Standpunkt der Reber, daß das obere Reich für ein Hindernis, denn in dieser Frage liegt nicht die Lösung.

Volkswirtschaft

Produktionsrückgang. Berlin, 18. Jan. Der Produktionsrückgang hatte während der letzten 10 Tage den höchsten Stand erreicht. Der Produktionsrückgang hatte während der letzten 10 Tage den höchsten Stand erreicht. Der Produktionsrückgang hatte während der letzten 10 Tage den höchsten Stand erreicht.

Beland lebhaft Nachfrage. Weil nur noch infolge der ungenügenden Vorräte infolge der ungenügenden Vorräte infolge der ungenügenden Vorräte...

Berliner Produktmarktpreise.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, etc., and their prices.

Table titled 'Devisen-Notierungen' showing exchange rates for various locations like Amsterdam, Buenos Aires, etc.

Table titled 'Leipziger Notierungen' showing prices for various goods like Leinwand, Baumwolle, etc.

Table titled 'Berliner Metallnotierungen' showing prices for various metals like Gold, Silber, etc.

Advertisement for 'Banque Schwabe & Schröder' with contact information and services.

Berliner Börse vom 16. Januar 1922.

Main market data table with multiple columns for different market sections: Festverzinst Wertpapiere, Deutsche Eisen-Akt., Industriekurs, etc.